

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

SECHSTES JAHR  
APRIL 1955

WILHELM WOLFGANG SCHÜTZ

## Von der Unruhe im deutschen Volk

Die erregten und erregenden Debatten des Bundestages über die Pariser Verträge sind verklungen. Aber wer die Frühjahrsstille an den Ufern des Rheins symbolisch werten und daraus auf die Stimmung im deutschen Volke schließen würde, wäre in einem Irrtum befangen. Die Unruhe in Deutschland hält an. Die Frage nach der Wiedervereinigung wird immer dringlicher gestellt. Sache verantwortungsbewußter Staatskunst ist es, den Quellen der Unruhe nachzugehen. Es muß verhindert werden, daß der Boden, auf dem dieses Staatswesen steht, unterwaschen wird. Sache der Politik ist es nicht, sich mit dem großen Kleistertopf heranzumachen und die tiefen Risse im Erdreich zu verkleistern. Sache gewissenhafter Politik ist es, das Volk zu einen, das Staatswesen innerlich wie nach außen hin zu festigen. Dies um so mehr, als die entscheidende Aufgabe, nämlich die Überwindung der deutschen Teilung, noch bevorsteht. Was ist die Quelle der Unruhe in Deutschland? Es sind eine Reihe von Ungewißenheiten, die jeder Mensch, der sich selbst gegenüber ehrlich ist, in mehr oder minder hohem Maße empfindet. Ungewiß ist das Schicksal Deutschlands in seiner gegenwärtigen Geteiltheit und Zerrissenheit. Ob nun der einzelne sich für oder gegen den Weg entscheidet, der mit dem Beitritt der Bundesrepublik zum Atlantikpakt beschritten wird, sicher ist nur die Unsicherheit des deutschen Schicksals. Gewiß ist nur die Ungewißenheit der Zukunft.

Zu dieser Ungewißenheit trägt die Tatsache bei, daß die deutschen Entscheidungen auf einer viel zu schmalen Grundlage von Kenntnis und Erfahrung in lebenswichtigen Fragen beruhen. Nur zwei davon seien herausgegriffen. Im Gegensatz zu anderen Mächten weiß man in der deutschen Politik nichts Verlässliches aus erster Hand über die Vorgänge, Meinungen und Äußerungen im Ostblock. Im Gegensatz zu anderen Mächten weiß man in Deutschland nur wenig von der Entwicklung der Kriegstechnik und damit von allem, was an Strategie und Taktik im ersten Nachkriegsjahrzehnt entstanden ist. Beide Punkte bedürfen einer gewissen Vertiefung, denn sie sind für das deutsche Schicksal — und für die deutsche Unruhe wesentlich.

Von den tatsächlichen Verhältnissen und Meinungen im Ostblock müßte kein Staat Genaueres und Verlässlicheres zu erfahren trachten als Deutschland. Denn ein großer Teil unseres Landes wird von der Sowjetunion besetzt und beherrscht. Ohne Kenntnis dessen,

was die östliche Besatzungsmacht gegenüber Deutschland zu sagen hat, läßt sich ja kaum eine ausreichende Entscheidung über deutsches Schicksal treffen. Vergleichen wir die Sorgfalt, mit der zum Beispiel die englische oder französische Außenpolitik und Diplomatie sich durch ständige Erkundigung und Aufklärung über den Stand der Dinge in Moskau und Peking informieren! Vergleichen wir die Präzision, mit der eine auf alter Tradition fußende Politik Österreichs sich um die Räumung des eigenen Landes bemüht! Da wird doch wirklich nichts geraten, vermutet und ins Blaue hinein geredet. Da wird vielmehr sehr exakt studiert und in direkten Gesprächen geklärt, soweit sich strittige Fragen eben von Fall zu Fall klären lassen.

Als sich die Außenminister vor Jahresfrist in Berlin trennten, beherrschte zwar die These *Molotows* das Feld, wonach sich die österreichische Frage nur im Zusammenhang mit der deutschen Frage lösen lasse. Aber zwölf Monate danach goß der sowjetische Außenminister viel Wasser in diesen sauren Wein. In seiner programmatischen Rede vom 8. Februar deutete er neue Möglichkeiten an, sich doch am Ende ohne eine deutsche Lösung über Österreich zu einigen. Am 25. Februar und dann erneut am 2. März fanden Gespräche zwischen dem österreichischen Botschafter in Moskau, *Bischoff*, und dem sowjetischen Außenminister *Molotow* statt. In diesen Gesprächen erklärte sich Molotow anscheinend bereit, an einer Viererkonferenz über Österreich teilzunehmen und den Staatsvertrag noch in diesem Jahr zu unterzeichnen. Selbst von der Forderung, die auf der Berliner Konferenz der Stein des Anstoßes war, nämlich die Besatzungsarmeen bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit Deutschland in Österreich zu belassen, scheint Molotow in diesen beiden Gesprächen mit Botschafter *Bischoff* abgewichen zu sein. Schließlich wurde Mitte März eine Erklärung herausgegeben, in der die Sowjetunion diese Angaben der Öffentlichkeit mitteilte.

Natürlich stellt die Sowjetunion Bedingungen: Österreich dürfe sich nicht an Deutschland anschließen, keinem Militärpakt beitreten, fremden Mächten keine Stützpunkte gewähren. Sämtliche Parteien Österreichs, an der Spitze Bundeskanzler *Raab*, sind bereit, diese Bedingung zu erfüllen, um ihr Land von fremder Herrschaft zu befreien. Der sozialdemokratische Vizekanzler, *Schärf*, wurde rasch nach London gesandt, um dort den Weg für eine Österreich-Konferenz der vier Besatzungsmächte zu ebnen und eine Garantie der Westmächte für die Unabhängigkeit Österreichs ohne Bündnisbindung vorzubereiten. Es war von Anfang an klar, daß diese Märzschwalben noch längst keinen österreichischen Frühling bringen mochten. Es war sogleich zu erkennen, daß die sowjetische Diplomatie mit diesem Schachzug die Westmächte an den Konferenztisch nötigen wollte, um dadurch vielleicht die Ratifizierung der Pariser Verträge im Palais Bourbon zu hemmen. Dennoch zögerte kein verantwortungsbewußter Österreicher auch nur einen Augenblick, eine noch so verwischte und trügerische Spur gewissenhaft bis zum Ende zu verfolgen. Auch nur einen Schimmer von Hoffnung für die Freiheit Österreichs wagte niemand mit leichter und leichtfertiger Hand abzutun.

Nicht minder bemerkenswert hat sich die kräftige Politik des japanischen Kaiserreichs in diesem Frühjahr entfaltet. Zehn Jahre lang fügte Japan sich dem Willen und der Lenkung seines amerikanischen Besiegers. Doch nunmehr beginnt das Inselreich im Fernen Osten sich auf eigene Füße zu stellen. Ministerpräsident *Hatojama* steht als Konservativer hinter keinem zurück, wenn es um Gegnerschaft gegen den Kommunismus geht. Nicht minder deutlich sieht er das Interesse Japans an der Gemeinsamkeit mit der westlichen Welt im Falle eines Krieges. Und ebenso klar hält er sich an die Abreden hinsichtlich Formosas. *Tschiang Kai-schek* wird unvermindert anerkannt. Doch für die Friedenszeit steuert Japan gleichwohl einen mittleren Kurs. Es soll verhindert werden, daß das über-völkerte Inselreich an einer fernöstlichen Kontinentalsperre zugrunde geht, die — gar noch von der Seeseite her verhängt — die Verkehrsadern Japans zum Festland hin unterbinden und den lebenswichtigen Festlandhandel erdrosseln müßte. Daher das Angebot an

Peking und Moskau, die Beziehungen zu regeln und auszubauen. Diese Entwicklungen an der Schwelle des zweiten Nachkriegsjahrzehnts haben in den Hauptstädten der freien Welt nicht etwa Verwirrung ausgelöst. Sie entsprechen ja viel zu sehr den natürlichen Lebensinteressen der Nationen, die nun beginnen, eigenständig zu werden.

Natürlich gibt es Zeichen eines gewissen Unbehagens in einer Welt, die ohne Pakte und Bündnisse zunächst nicht auskommt. Natürlich würde Washington es nicht gern sehen, wenn die amerikanische Alpenstellung in Österreich geräumt werden müßte. Aber ohne Räumung läßt sich Österreich nicht befreien. Natürlich ist Washington nicht gerade begeistert, daß die amerikanische Hegemonie in Japan zerflattert. Aber im Grunde genommen geschieht dort nur, was jeder Einsichtige auf die Dauer ohnehin erwartet hat. So tröstet sich denn zum Beispiel die „Washington Post“ mit der Betrachtung, daß die neue japanische Politik zwar anders, aber nicht minder verläßlich sei als bisher. Während die Londoner „Times“ bei aller angebrachten Skepsis gegenüber dem sowjetischen Wink nach Wien zum Schluß kommt, daß es nur natürlich sei, wenn die österreichische Regierung alles versuche, um ihrem Lande die Freiheit zu verschaffen.

Es wäre also widersinnig, die Politik der Befreiung durch Mißtrauen gegenüber der freien Welt lähmen zu lassen. Ein Deutscher kann jedenfalls neuartige Wolkenbildungen am politischen Firmament nicht ohne die ernste Überlegung betrachten, ob sich darin vielleicht Lehrreiches auch für das eigene Land abzeichnet. Zunächst fällt auf, wie genau die östliche Welt in anderen Hauptstädten studiert wird. In Deutschland fehlen jedoch fast alle diplomatischen Berichte, auf denen die Entscheidungen der übrigen freien Welt fußen. Deutsche Entscheidungen sind selbst nach einem Jahrzehnt der Nachkriegsentwicklung noch immer bruchstückhaft. Notgedrungen baut man auf einem Weltbild auf, das zum Teil nicht unmittelbarer, sondern allenfalls nur mittelbarer Kenntnis der heutigen Welt entstammt. Darin allein schon liegt eine Ursache wachsender Zweifel im deutschen Volk. Kein Zureden vermag zu beschwichtigen, solange jeder einzelne überzeugt sein muß, daß auf Grund unzureichender Kenntnis der Tatsachen entschieden wird. Natürlich vermutet jeder etwas — der eine dies, der andere jenes. Selbstverständlich sprechen die Ideologie des Kommunismus, der Messianismus des Russentums, der unbändige Stolz der Chinesen ihre eigene Sprache. Gewiß wird diese eigenartige Kombination die Großmächte im Osten stets zu gefährlichen Partnern machen. Gewiß wird Deutschland sich nie vom Westen isolieren wollen und nie vom Westen isolieren können, wenn es nicht Gefahr laufen will, abzurutschen. Aber doch fällt auf, wie einsam der Deutsche allein in seiner Unkenntnis der eurasischen Welt sozusagen im dunkeln sitzt. Der laute und mitunter lärmende Ton, mit dem in der deutschen Politik über östliche Dinge gesprochen wird, wirkt auf den Außenstehenden manchmal wie das Selbstgespräch eines Mannes, der sich in seiner Einsamkeit Mut zusprechen will. Doch je dröhnender die Orakelsprüche über west-östliche Beziehungen hinausgerufen werden, desto stiller und bedenklicher wird der deutsche Michel. Zwar verbietet die deutsche Teilung eine Politik und eine Diplomatie, die auf Anerkennung mehrerer deutscher Teilstaaten hinauslaufen würden. Zwei deutsche Botschafter in einer Hauptstadt hieße gar keinen Sprecher Deutschlands haben. Aber das diplomatische Zeughaus ist reich an raffinierten Formen und Floskeln, die den Gedankenaustausch von Regierung zu Regierung ohne förmliche Anerkennung ermöglichen.

Eine künftige deutsche Ostpolitik kann nur von der Regierung, nicht von privater Seite ausgehen. Aber auch Regierungspolitik wirkt gegenüber den machtbewußten Staaten des Ostens nur dann, wenn sie auf fester Grundlage steht. Zwei Voraussetzungen gilt es zu erfüllen. Die Politik darf nicht länger auf einer zersplitternden öffentlichen Meinung fußen, sie muß von allen maßgebenden Kräften des Volkes getragen sein. Und weiter: Eine ständige Angleichung der Interessen und der Thesen im Lager der freien Völker bleibt notwendig.

Das gleiche spielt sich auf dem Gebiet der Verteidigung ab. Auch hier herrscht wachsende Unruhe, die bei näherem Zusehen keineswegs einer primitiven Ohne-Mich-Stimmung entspringt. Vielmehr herrscht im Volk die ernste Frage, welche tatsächlichen Möglichkeiten der Verteidigung für den schmalen Landstreifen, der sich Bundesrepublik nennt, im Atomzeitalter vorhanden sind. Darüber ist bisher sehr wenig gesprochen und noch weniger geschrieben worden. Im Gegensatz zu den meisten Ländern der freien Welt, wo die Erörterung über die Landesverteidigung im Atomzeitalter bereits eine politische und militärische Selbstverständlichkeit ist. Die Generation, die Waffen tragen soll, denkt und fühlt ja in technischen Begriffen, die dem Stand der Dinge im Jahre 1955 entsprechen. Das Gefühl des Lebens wie auch der Gefahr entspringt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Doch die Auseinandersetzung über die Verteidigung wird in Form und Stil noch immer mit den Bildern und Erfahrungen der ersten Jahrhunderthälfte geführt. So marschieren zwölf Divisionen, mögen sie europäisch oder atlantisch genormt sein, durch die deutschen Gespräche. Aber für die jüngere Generation wird der Gleichschritt deutscher Divisionen bereits übertönt vom fernen Donner atomarer Explosionen. Wiederum bedeutet das keineswegs ein Nein der deutschen Menschen, die nachdenklich sind. Es bedeutet auch mitnichten, daß etwa keine eigene Verteidigung nötig wäre. Aber es bedeutet, daß zwischen der Sprache der deutschen Politik und der Sprache eines Teiles der jüngeren Generation ein Riß klafft. Es wäre ein Mißverständnis, dem Menschen, der von Bedenken und Gewissensnot gequält diesen Problemen gegenübersteht, etwa Zaghaftigkeit oder Tatenunlust vorzuwerfen. Es ist vielmehr Sache der Politik, auf die gewichtigen Fragen Antwort zu geben, die im Volke gestellt werden. Mit Formeln und Gesten ist in Existenzfragen der einzelnen und der Völker nichts getan. Vieles wird dadurch nur erschwert. Zumal dann, wenn die Bereitschaft, sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen, in einem so hohen Maß vorhanden ist wie in Deutschland, und wenn die Notwendigkeit der Verteidigung so auf der Hand liegt. . . Aber die Möglichkeiten neuer Konzeptionen, die eine Wiedervereinigung in Freiheit mit einer Sicherheit im Rahmen atomarer Strategie verbinden, sind bisher mit Stillschweigen übergangen worden. Das aber ahnt das Volk. . .

Die Unruhe im deutschen Volk muß überwunden werden. Sie kann überwunden werden — aber nur durch praktische Politik, nicht durch Deklamationen. Die Überwindung der inneren Entzweiung Deutschlands erfordert Maßnahmen, von denen hier sechs hervorgehoben werden sollen.

1. Die innere Zerrissenheit Deutschlands läßt sich nur dann überwinden, wenn die auf Wiedervereinigung gerichtete Politik durch Nachdruck und Elan die letzten Zweifel und Unklarheiten überwindet.

2. Die Politik und Strategie Deutschlands muß so geformt werden, daß sie vom Volk als Ganzes getragen wird.

3. Für Entscheidungen in Lebensfragen der Nation ist das Zusammenwirken aller politischen Kräfte in allen Stadien der Entwicklung notwendig.

4. Die Gültigkeit politischer und strategischer Beschlüsse wird in den Augen der Deutschen-, die einen Teil ihres Landes in der Hand des Ostens wissen, erst dann bewiesen sein, wenn das deutsche Interesse nicht nur nach Westen, sondern auch nach Osten hin gewahrt wird.

5. Dem Bedürfnis nach Sicherheit im deutschen Volk muß in einer Weise Rechnung getragen werden, die — auf der Wirklichkeit des atomaren Zeitalters fußend — den Lebensnotwendigkeiten von Deutschland als Ganzem entspricht.

6. Nur eine Politik, die Freiheit, Einheit und Sicherheit für alle Deutschen erreichen kann, wird innere Einheit, innere Freiheit und innere Sicherheit für jeden Teil Deutschlands bewirken können.